

## Kein Deponie-Müll mehr nach Mainz

**Grenzach.** Im Hirschacker braucht es nach den Greenpeace-Vorwürfen neue Lösungen



**Greenpeace legt nach.** Mit 80 Fässern und lautem Trommeln vor dem Roche-Hauptsitz in Basel hat Greenpeace gestern die Kritik erneuert, Roche saniere in Grenzach nicht vereinbarungsgemäss und es werde «illegal» deponiert. Foto Dominik Plüss

MARTIN MATTER

**Alle deutschen Genehmigungsbehörden dementieren, dass die Ablagerung von Hirschacker-Aushub bei Mainz illegal gewesen sei. Trotzdem hat man in Mainz die Anlieferung aus Grenzach vorerst gestoppt.**

Die massiven Vorwürfe von Greenpeace schlagen in Deutschland Wellen. Gleichzeitig dementieren alle beteiligten deutschen Behörden, dass irgendetwas illegal sei. Trotzdem hat die Deponie Budenheim in Mainz, wo gemäss Greenpeace 17 000 Tonnen belasteter Aushub aus der Hirschacker-Grube «illegal» deponiert wurden (die BaZ berichtete), die Anlieferungen aus Grenzach-Wyhlen gestoppt, erklärt der zuständige Mann in Mainz. Zugleich betont er, alles sei «wasserdicht» nach Gesetz abgelaufen und die Schliessung sei nur «vorübergehend». Weshalb überhaupt eine Schliessung? Für den Hirschacker sei ein neues Sanierungskonzept angekündigt, das vielleicht

auch neue «Schlüsselparameter» für die Abfalldeklaration enthalten werde, heisst es in Mainz. Die wolle man erst einmal abwarten.

**VOREILIG.** Die Kommunikation scheint in dieser Geschichte nicht sehr gut zu klappen. Auf die Aussage in Budenheim gegenüber der BaZ reagierte man in Lörrach jedenfalls mit grossem Erstaunen. Erst danach setzten sich Georg Lutz, Fachbereichsleiter Umwelt im Landratsamt Lörrach, und sein Kollege Jürgen Hirschal mit Mainz telefonisch in Verbindung, denn Budenheim habe seinen Entscheid nur aufgrund der Vorwürfe in den Medien gefällt und leider vorher keine Erkundigungen vor Ort eingezogen. Man habe jetzt bei den deutschen Stellen «schon viele der Falschinformationen» klären können, sagen Lutz und sein Kollege Jürgen Hirschal. Beide hoffen, in Bälde doch

wieder nach Budenheim liefern zu können. Ansonsten müsste eine andere Lösung gesucht werden.

Inzwischen jagen sich die behördlichen Dementis, nachdem das Landratsamt Lörrach als erste Stelle betont hatte, von Illegalität beim Ablagern der 17 000 Tonnen könne keine Rede sein: Alle schriftlichen Nachweise lägen vor. Greenpeace behauptet, der Abfall sei ungenügend analysiert und deklariert gewesen (siehe Text unten).

**GESCHLOSSEN.** Tatsache ist: Das Regierungspräsidium Freiburg (RP) hat seinerzeit die geplante Ablagerung des Hirschacker-Aushubs in der Deponie Eichelbuck bei Freiburg abgelehnt. Das baden-württembergische Umweltministerium bestätigte später, dass in Fällen wie dem Hirschacker eine strengere Beprobung und Deklaration nötig sei, als im Hirschacker üblich.

«Stimmt, wir haben die Beprobungsmodalitäten mit dem Ministerium diskutiert», ist im Regierungspräsidium Freiburg zu hören. Aber die Ablehnung sei nur deshalb erfolgt, weil die Deponie Eichelbruck seit 2005 geschlossen ist und derzeit abgedichtet wird. «Wir bemühen uns um möglichst unbelastete Substanz, denn es handelt sich ja um die oberste Deckschicht», sagt RP-Mediensprecher Joachim Müller. Aufgrund der Absage aus Freiburg wurde der Aushub aus dem Hirschacker ab Herbst 2008 in Deponien in Rheinland-Pfalz wie in Budenheim bei Mainz abgelagert. Seit etwa Ende 2008 wird das von den Kritikern wie auch dem Umweltministerium verlangte aufwendigere Verfahren («Haufwerkbeprobung») angewandt. Schon vorher aber

sei der strengere Standard «weitestgehend» erreicht gewesen.

«Nachweislich falsch» seien die Behauptungen, ärgerte sich der Umweltreferent der Stadt Mainz, Wolfgang Reichel, gegenüber deutschen Medien. Sorgfältige Prüfungen hätten dies ergeben. Gemäss der «Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd» in Rheinland-Pfalz ist die Ablagerung «entsprechend den bundesweit geltenden gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäss erfolgt». Es handle sich ja nicht um organischen Chemiemüll, sondern um belastete mineralische Abfälle, die auf geeigneten und gesicherten Deponien abgelagert werden dürften. In Rheinland-Pfalz jedenfalls seien «vollständige und lückenlose Unterlagen» eingereicht und auch geprüft worden.